VOR zweifelt an Zeitplan für 1-2-3-Ticket

2020-12-29 07:03

Der Verkehrsverbund Ostregion (VOR) zweifelt am Zeitplan für die Einführung des 1-2-3-Klimatickets für ganz Österreich. Es seien noch viele Fragen sowie die Finanzierung offen, sagte VOR-Geschäftsführerin Karin Zipperer gestern in einem Gespräch mit der APA. In einer vom VOR bei der Meinungsforscherin und früheren ÖVP-Familienministerin Sophie Karmasin beauftragten Umfrage bevorzugen die Österreicherinnen und Österreicher die gleichzeitige Einführung aller drei Tarifstufen 2021 gegenüber einer schrittweisen Umsetzung ab Sommer 2021 bis 2024.

Karmasin hat zwei strukturgleiche Stichproben mit je rund 1.000 Personen von 18 bis 62 Jahren befragt, die zumindest zwei regelmäßige Wege pro Woche mit einem öffentlichen Verkehrsmittel oder Pkw zurücklegen. Die eine Hälfte wurde zu einer schrittweisen Einführung befragt, in der das österreichweite 3er-Ticket im Sommer 2021 kommt und das 1er- und 2er-Ticket für ein bzw. zwei Bundesländer erst 2024. Die zweite Hälfte wurde zu einer gleichzeitigen Einführung aller drei Tarifstufen bereits im Sommer 2021 befragt.

Das Ergebnis: 28 Prozent würden eines der 1-2-3-Tickets im Sommer 2021 bei gleichzeitiger Einführung kaufen. Demgegenüber würden nur zehn Prozent das österreichweit gültige 3er-Ticket im Sommer 2021 kaufen. Für Karmasin nicht überraschend, denn erstens entstehe bei gleichzeitiger Einführung eine Wahlfreiheit, die sich auch positiv auf die 3er-Stufe auswirke, zweitens sei die 1er-Stufe für ein Bundesland die mit Abstand beliebteste Variante.

Gewessler stößt auf Widerstand

Ein Start des 1-2-3-Klimatickets mit 2021 ist unsicher. Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) will die 3er-Stufe des im Regierungsprogramm von ÖVP und Grünen vereinbarte Ticketmodells vorziehen und bis zum Sommer einführen. Aus den Bundesländern und deren Verkehrsverbünden kommt Widerstand an der Umsetzung. Bisher gibt es mit keinem Bundesland einen Vertrag. Für die Ostregion gebe es erst grobe Vorschläge, heißt es vom VOR.

Der VOR, der den öffentlichen Verkehr in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland verantwortet, hält eine Einführung bis Sommer 2021 zwar noch für möglich, man müsste aber Gas geben und endlich „faire Verhandlungen auf Augenhöhe“ führen. Eine Einführung bis Herbst oder Ende 2021 wäre realistischer. „Wir haben noch keinen gemeinsamen Nenner“, sagte Zipperer.

ÖVP und Grüne hatten sich in den Koalitionsverhandlungen auf die Umsetzung einer österreichweiten Jahresnetzkarte für den öffentlichen Verkehr geeinigt – „um 1 Euro pro Tag in einem Bundesland, um 2 Euro pro Tag in einem und im Nachbarbundesland, um 3 Euro pro Tag das gesamte Bundesgebiet“, wie es

im Regierungsprogramm wörtlich heißt.